

Den Leopold Gratz kennen Sie ja sicher alle. Den Wiener Bürgermeister. Den Karriere-Poldi, der schon vor tausend Jahren — damals noch ein siegfriedblonder deutscher Junge — die Führernachwuchsschule Napola besuchte. Und der nach 1945, als Führer nicht mehr „in“ waren, in die SPÖ schlüpfte. Dort diente er sich hoch und war dem Parteichef Pittermann ein getreuer Helfer. Zumindest bis zu der Zeit, als es so aussah, als sei Franz Olah der kommende starke Mann; von da an war er von Olah „fasziniert“. Zumindest so lange, bis Olah gestürzt wurde, denn seither unterstützte er stets den Parteichef Kreisky. Zumindest... na ja, also zumindest ist der Gratz ein anpassungsfähiger Politiker, und deshalb hat er sich auch den Umweltschutz- und Energiesparparolen angepaßt und die Wiener aufgefordert, nicht mit dem Auto, sondern mit der Straßenbahn zum Arbeitsplatz zu fahren.

Was natürlich nicht heißt, daß der Sozialist Gratz jetzt mit der Tramway fährt, nein, denn das ist leider gar nicht möglich, weil der exklusive „Club 45“, in dem er das proletarische Getränk Whisky mit Orangensaft zu schlürfen pflegt, im nobelsten Teil Wiens und fernab von jeder Schiene liegt. Außerdem kann er die elf neuen Dienstwagen, die er für sich und seine Stadträte kaufen ließ, doch nicht einfach stehen und verrotten lassen. Wär' doch schad um die 250 000 Schilling, die jeder dieser teuren Schlitten uns Steuerzahlern gekostet hat.

Allen andern Autofahrern aber sei die Straßenbahn empfohlen. Ich, der Verfasser dieses Artikels, komme

als Nichtautofahrer nämlich des öfters in den Genuß jenes Komforts, den die Wiener Verkehrsbetriebe ihren Fahrgästen bieten. Wenn ich — nicht nur aus Gründen der Fitneß, wie wir gleich sehen werden — von meinem Arbeitsplatz quer durch die Stadt nach Hause gehe, dann brauche ich dazu 35 bis 40 Minuten. Wenn's jedoch stark regnet, fahre ich mit der Straßenbahn, um nicht wascheiß zu werden. Und das spielt sich ab wie folgt: Weil die Haltestelle unmittelbar vor meiner Arbeitsstelle schon vor Jahren aus Ersparnisgründen aufgelassen wurde, haste ich zur nächsten Haltestelle. Fünf Minuten lang. Im Regen. Dort warte ich dann, im Regen, versteht sich, denn der Bürgermeister muß sparen, weshalb er nicht einmal ein billiges blechernes Regendach anbringen lassen kann. Wobei ich im Gegensatz zu vielen andern unfreiwillig mit mir Duschenden aber noch das unverschämte Glück habe, daß mich der H₂ genauso wie der G₂ oder der E₂ meinem Ziele näherbringt. Egal, was daherkommt, ich steige ein und rase — vielleicht ist meine Schätzung subjektiv, doch es dürfte sich so um 8 oder 10 Stundenkilometer handeln —, und rase also bis zur Burggasse. Dort warte ich dann auf den 49er. Im Regen, versteht sich, denn der Bürgermeister muß sparen... siehe oben. Wenn ich schließlich den 49er verlasse, sind's wiederum gute fünf Minuten Fußmarsch bis nach Hause, im Regen. Gesamte Wegzeit: mindestens 30 Minuten. Somit Zeitersparnis: herzlich wenig. Aber ich bin wenigstens nicht wascheiß, sondern nur naß geworden, weil ich ja einen Teil dieser Wegzeit wenn schon nicht unterm Regen-, so doch unterm Wagendach der Verkehrsbetriebe zubringen durfte.

Das Massenverkehrsmittel Straßenbahn kann also bestenfalls mit einem Fußgänger konkurrieren. Dem Auto dagegen ist es dank der jahrzehntelangen klugen Gesundheitsschumpfungspolitik unserer Stadtväter hoffnungslos unterlegen, denn mit dem zwar umweltverschmutzenden und energievergeudenden Pkw schafft man dieselbe Strecke trotz Großstadtverkehr und Parkplatzsuche wahrscheinlich in der halben Zeit — und bleibt außerdem noch staubtrocken.

Onkel Poldis Schneckenbahn

Die Wiener Tramway

Übrigens:
Ab 1. Jänner 1975
kostet ein Fahrschein
8 Schilling (bisher 6)

Obwohl ich, wie gesagt, kein Autofetischist bin, kann ich's demnach gut verstehen, daß der Aufruf des Herrn Bürgermeisters wirkungslos verhallte. Das Umsteigen von der Benzinkutsche auf die Elektrische kann ich nämlich guten Gewissens wirklich nur einem einzigen empfehlen: dem Gratz. Damit er die Weltstadt Wien kennenlernt.



für die Volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer
Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

Nummer 92, Dezember 1974

Wie demonstriert die „Volksstimme“ ihre Solidarität mit dem internationalen Freiheitskampf? Indem sie eine Nachricht über Kambodscha bringt, in der sie die legale Regierung Sihanouk mit Führungszeichen versieht, also nicht anerkennt, obwohl sie in derselben Notiz erwähnt, daß diese Regierung bereits 90 % von Kambodscha kontrolliert. (Den Rest des Landes beherrscht vorläufig dank amerikanischer Waffenhilfe noch der Putschistengeneral Lon Nol.) Nun, das zu 90

Prozent befreite Kambodscha und seine Regierung der Einheit unter Führung Sihanouks wird es wahrscheinlich mit Fassung tragen, von der „Volksstimme“ nicht anerkannt zu werden. Aber ganz ohne Führungszeichen sei daran erinnert, daß die Geldgeber der „Volksstimme“ — die Sozialimperialisten in Moskau — Lon Nol als rechtmäßigen Staatspräsidenten anerkennen und mit ihm nicht nur diplomatische, sondern auch wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen pflegen. Soweit man halt eine Freundschaft pflegen kann — mit einem Mister 10 Prozent, der sich nicht einmal mehr in seiner Residenzstadt Phnom Penh sicher fühlen kann. Es ist bezeichnend für Breschnew und seine „Volksstimme“-Jünger, daß sie einen US-hörigen Militärdiktator als legales Staatsoberhaupt anerkennen. Aber Breschnew & Co. sind eben nur Kommunisten unter Führungszeichen.

Freundschaft!

Wenn's uns nützt, sogar mit Lon Nol.



Kommunisten unter Führungszeichen

Aus Anlaß des 25. Geburtstags der Volksrepublik China

hat die VRA dem ZK der KP Chinas eine Grußbotschaft geschickt, deren Wortlaut in Nummer 90 unserer Zeitschrift gedruckt wurde. Am 7. Oktober 1974 veröffentlichte das Organ der KP Chinas „Renmin Ribao“ („Volkstagsblatt“) folgende Meldung der Nachrichtenagentur „Hsinhua“ (siehe nebenstehendes Faksimile):

GRUSSBOTSCHAFT DES OBMANN DER VEREINIGUNG REVOLUTIONÄRER ARBEITER ÖSTERREICHS (MARXISTEN-LENINISTEN), JOCHA

Der Obmann der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten), Alfred Jocha, hat am 13. September dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas einen Brief mit herzlichsten Glückwünschen zum 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China geschickt.

In dem Schreiben heißt es: 'Der 1. Oktober 1949 ist nicht nur ein Tag des Sieges der Arbeiterklasse und der Kommunisten Chinas, sondern er ist auch, wie die Kommunisten der ganzen Welt schon längst festgestellt haben, der wichtigste Markstein - nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland - auf dem Weg zum endgültigen Sieg der internationalen Revolution des Proletariats und der unterdrückten Völker.'

Weiter wird in dem Brief ausgeführt, die von Genossen Mao Tsetung initiierte und geleitete Große Proletarische Kulturrevolution und die gegenwärtige Massenbewegung

Österreichische Revolutionäre Arbeiter (Marxisten-Leninisten) Vorsitzende Jochas Brief

Neuhaus 1974 Oktober 6. Österreichische Revolutionäre Arbeiter (Marxisten-Leninisten) Vorsitzende Jocha 1974 September 13. Brief an die Zentralen Komitee der KP Chinas, herzlichsten Glückwünschen zum 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China.

Jocha sagt: „1949 Oktober 1. Tag nicht nur der Sieg der Arbeiterklasse und der Kommunisten Chinas, sondern er ist auch, wie die Kommunisten der ganzen Welt schon längst festgestellt haben, der wichtigste Markstein - nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland - auf dem Weg zum endgültigen Sieg der internationalen Revolution des Proletariats und der unterdrückten Völker.“

Jocha fügt hinzu, Mao Tsetung initiierte und geleitete Große Proletarische Kulturrevolution und die gegenwärtige Massenbewegung

Jocha fügt hinzu: „Die Volksrepublik China drängt niemandem ihre Ansichten auf, strebt für sich keine wie immer geartete Hegemonie an, gibt jedoch durch ihre Existenz und ihre revolutionäre Entwicklung den Menschen ein lebhaftes Beispiel.“

zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius seien 'für die ehrlichen Kommunisten der ganzen Welt der untrügliche Beweis, daß der Revisionismus nicht unabwendbar ist, sondern durch den Klassenkampf unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, durch den Kampf der revolutionären Linie gegen die bürgerliche Linie wirksam bekämpft werden kann'.

In der Botschaft wird ferner gesagt: 'Die Volksrepublik China drängt niemandem ihre Ansichten auf, strebt für sich keine wie immer geartete Hegemonie an, gibt jedoch durch ihre Existenz und ihre revolutionäre Entwicklung den Menschen ein lebhaftes Beispiel.'

Aus demselben Anlaß hat die VRA, wie wir in Nr. 91 schon berichteten, in Innsbruck eine China-Ausstellung veranstaltet, die im Laufe einer Woche von fast 3.000 Personen besucht wurde. Der Wiener Korrespondent der Nachrichtenagentur "Hsinhua" berichtete am 13. Oktober für die chinesische Presse über die Eröffnung dieser Ausstellung.

Bestellungen an die VRA: 1205 Wien, Postfach 3	KARL MARX	KARL MARX	
	Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“	Der Bürgerkrieg in Frankreich	S 15,-
	J.W. STALIN	W.I. LENIN	
	Über die Grundlagen des Leninismus	Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky	S 10,-

Das »Wunder« von Wladiwostok

In Wladiwostok haben sich Ende November Breschnew und Ford zu einem "Meinungsaustausch" getroffen, dessen Ergebnis der Weltöffentlichkeit als ein wesentlicher Schritt zur "Entspannung" und zur "Sicherung des Weltfriedens" angepriesen wird. Die Vertreter der beiden Supermächte Rußland und USA wären übereingekommen, die Atom- und Raketenrüstung zu "beschränken", heißt es.

Die Meldung über ein "positives Ergebnis" hat selbst viele informierte Meinungsmacher der kapitalistischen Massenmedien überrascht. Kein Wunder, schien es doch keinerlei Voraussetzungen dafür zu geben.

Auf der einen Seite der amerikanische Präsident Ford, der sich im eigenen Land nicht einmal darauf berufen kann, "gewählt" zu sein, der sich in den gesetzgebenden Häusern der Vereinigten Staaten einer absoluten Mehrheit der gegnerischen Partei gegenüber sieht und sich in den wenigen Monaten seit seiner Amtseinführung in keiner Weise beim amerikanischen Volk "populär" machen konnte, und der ein Land regiert, dessen wirtschaftliche Krise neuen Höhepunkten entgegengeht.

Auf der anderen Seite ein Breschnew als der "starke Mann" des heutigen sozialimperialistischen Rußland, das im Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft mit dem amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten empfindliche Schläppen einstecken mußte, ein Breschnew, dessen hochfliegende Hegemoniepläne unter der desolaten Wirtschaftsentwicklung in Rußland leiden, weil diese Pläne zu Lasten der werktätigen Massen des Sowjetvolkes gehen, die natürlich Widerstand leisten. Wozu noch kommt, daß seit der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in der Sowjetunion allorts bürokratische Kapitalisten an der "Basis" eifrig dabei sind, sich die eigenen Taschen zu füllen und auf die gigantischen Bedürfnisse der Machthaber im Kreml an Mitteln für die Aggressions- und Kriegspolitik pfeifen.

Es war also alles andere vorhanden als eine gute Voraussetzung für ein "günstiges Ergebnis" beim Treffen von Breschnew und Ford. Wenn ein solches nun lautstark gleichsam als "Wunder" verkündet wird, so

kann man das getrost als einen großen Bluff ohne jede Verbindlichkeit betrachten, denn beide waren auf einen "Erfolg" zur Festigung ihrer jeweiligen Position angewiesen. Aber vor allem muß man dieses "Ergebnis" als einen Rauchvorhang betrachten, der die werktätige und unterdrückte Bevölkerung der ganzen Welt hindern soll, die wirkliche Situation zu sehen. Wie sieht diese aus?

Einige wesentliche Ziffern über die "streng geheimen" Abmachungen von Wladiwostok sind unmittelbar nach der Aussprache Fords bekannt geworden: Beide Supermächte können demnach die Zahl ihrer Kernwaffenträger (stationär und auf U-Booten montierte Raketen sowie Atombomber) auf je 2.500 Stück (jetzt: USA 2.210, UdSSR 2.440) und die Zahl ihrer Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (derzeit USA an die 1.000, UdSSR noch keine einsatzfähigen) auf je 1.300 steigern! Was angeblich Rüstungsbeschränkung sein soll, erweist sich somit als weitere Aufrüstung und neuer Anlauf zum Wettrüsten.

Die Vertreter der beiden Supermächte Rußland und USA sind sich ganz sicher auf einem Gebiet einig: den Kampf gegen die revolutionäre Weltbewegung und gegen die

70-g-Mark

Drucksache

An die
Vereinigung Revolutionärer
Arbeiter Österreichs (ML)

1205 Wien
Postfach 3

Breschnew und Ford fahren im Auto durch Wladiwostok. Breschnew erklärt selbstbewußt: „Wenn ich jetzt einige Zigaretten hinauswürfe, hätte ich im Handumdrehen alle Männer hinter mir!“

Und Ford grinst: „Wenn ich einige Nylonstrümpfe hinauswürfe, hätte ich sofort alle Frauen hinter mir!“

Da brummelt der Fahrer vor sich hin: „Und wenn ich die beiden hinauswürfe, hätte ich sofort ganze Völker hinter mir!“

Völker und Länder zu führen, die sich den Weltherrschaftsplänen der beiden Supermächte immer erfolgreicher entgegenstellen. Auf diesem Gebiet streben sie Zusammenarbeit an und kommt es auch immer wieder zu Zusammenarbeit. Sowohl der amerikanische Imperialismus als auch der russische Sozialimperialismus unterliegen aber dem Wesen ihrer imperialistischen Räubernatur, und da beide die absolute Weltherrschaft anstreben, ist die Konkurrenz unter ihnen der bestimmende Faktor in ihren Beziehungen und Handlungen.

Von dieser Warte aus gesehen ist das "Ergebnis" von Wladiwostok gar kein Ergebnis. "Ergebnisse" und "Vereinbarungen" auf "Sicherheits- und Abrüstungskonferenzen" oder sonstwo wurden uns schon oft genug präsentiert. Mit der Folge, daß immer neue "Konferenzen" und "Verhandlungen" aufgenommen wurden, um zu "Vereinbarungen" über die gleichen Themen zu kommen. Wozu das alles aber, wenn man ehrlich zu seinen Vereinbarungen steht? Wozu über Entspannung verhandeln, wenn es angeblich "Entspannung" gibt? Wozu über Abrüstung reden, wenn man sich dazu angeblich schon "verpflichtet" hat? Die Antwort darauf ist einfach: Es gibt das alles nicht. Nichts

für die volksmacht?

Ohne uns!



Breschnew



Ford

Aber vielleicht mit Ihnen? Bestellen Sie

○ ein Abonnement der Zeitschrift „für die volksmacht“ (12 Nummern, S 30,—); erscheint monatlich, meist 16 Seiten stark; beziehungsweise

○ 2 kostenlose Probehefte „für die volksmacht“.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

Name:

Anschrift:

als Lügen werden der werktätigen Menschheit vorgesetzt, um deren Wachsamkeit einzuschläfern. Tatsächlich vermindert sich die Gefahr eines imperialistischen Weltbrands, die aus der Konkurrenz der beiden Supermächte um die Weltherrschaft hervorgeht, nicht, sondern sie verstärkt sich von Tag zu Tag.

Die Nachfolger der Zaren

Im Gefolge des "Entspannungsgeschreis" nach dem Treffen in Wladiwostok haben die russischen Sozialimperialisten wieder eine massive Hetze gegen das sozialistische China entfacht. Sie geben der chinesischen Regierung die Schuld, daß es zu keiner Normalisierung der staatlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern kommt, sie bezeichnen die chinesischen Führer als "Großmachtchauvinisten", die gegenüber Rußland angeblich "territoriale Forderungen" erhoben hätten. Mit dreister Verlogenheit stellen sie die Tatsachen auf den Kopf, im vergeblichen Versuch, sich als Unschuldslamm darzustellen und das große Ansehen, das Volkschina und seine sozialistische Außenpolitik weltweit genießt, in Mißkredit zu bringen.

Die Machthaber im Kreml glauben dabei besonders raffiniert vorzugehen und ihre Pläne, die sie zur Erringung der absoluten Weltherrschaft verfolgen, hinterlistig tarnen zu können. Die Praxis bringt ihre Lügen aber an den Tag, und die Völker sind nicht so dumm, daß sie die Wahrheit nicht erkennen könnten.

Seitdem die russischen Sozialimperialisten im März 1969 an der chinesischen Grenze bewaffnete Zwischenfälle inszenierten, ist die Frage der Regelung der Grenze zwischen China und Rußland in besonderem Maße der Weltöffentlichkeit bekannt geworden. Seit damals setzen die russischen Sozialimperialisten diesbezüglich faustdicke Lügen über China in die Welt, und ihre schamlosen Agenten in Österreich (siehe Leitartikel der "Volksstimme" vom 28. 11.) übertrumpfen noch ihre Herren und Meister vom Kreml, indem sie historische "Theorien" aufstellen, die im Endeffekt eine Aufteilung Chinas und die Lostrennung seiner von nationalen Minderheiten bewohnten (oder ehemals bewohnt gewesenen) Territorien vom chinesischen Staatsgebiet "rechtfertigen" würden.

Es ist jedoch bekannt, daß die russischen Zaren im vorigen Jahrhundert etwa eineinhalb Millionen Quadratkilometer chinesischen Gebiets gewaltsam annektierten, was

von Marx und Engels wiederholt schärfstens angeprangert wurde. Im ungleichen "Chinesisch-Russischen Vertrag von Peking" am 14. 11. 1860 wurde dabei eine neue Grenze festgelegt. Über diesen Vertrag erklärte am 27. September 1920 die von Lenin geführte Sowjetregierung: "Alle Verträge, die früher von der russischen Regierung mit China geschlossen wurden, sind null und nichtig. Alle von dieser geraubten chinesischen Territorien und alle russischen Konzessionen in China werden aufgegeben, und die Sowjetregierung gibt China unentgeltlich und für immer alles zurück, was die zaristische Regierung und die russische Bourgeoisie ihm raubgierig entriessen haben." Dieses große internationalistische Vorhaben Lenins konnte nicht verwirklicht werden, weil China damals von einer reaktionären Regierung beherrscht wurde und Halbkolonie imperialistischer Mächte war.

Bei den Grenzverhandlungen heute geht es aber gar nicht um diese Gebiete. Denn obwohl diese Gebiete auf Grund ungleicher Verträge von Rußland annektiert wurden, hat die chinesische Regierung im Jahre 1964 und seither zu wiederholten Malen klargemacht, daß sie, vom Wunsch ausgehend, die revolutionäre Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk zu verstärken, gewillt ist, diese Verträge als Grundlage für die Festsetzung des gesamten Grenzverlaufs zu nehmen. Heute geht es darum, daß Rußland über die Linien dieser ungleichen Verträge hinaus chinesisches Territorium besetzt hält (z.B. Inseln, die auf der chinesischen Seite der Grenzflüsse Amur und Ussuri liegen) und sich strikt weigert, diese Gebiete aufzugeben. Für Breschnew gibt es "keine strittigen Gebiete", wie er in Ulan Bator in der Manier vergangener Imperatoren verkündete.

Dabei zeigen die russischen Sozialimperialisten wie schon oftmals, daß sie zu jeder Zeit vertragsbrüchig werden, wenn es ihren Plänen genehm ist. Als Vorbedingung zu Grenzverhandlungen wurde nämlich im September 1969 zwischen Kossygin und Tschou En-lai vereinbart, daß zwecks Vermeidung von Zwischenfällen beide Seiten ihre Truppen um 20 Kilometer zurückziehen. Nicht einmal dazu sind jetzt die Sozialimperialisten mehr bereit. Was soll man also von ihren Angeboten über Nichtangriffspakte usw. halten, wenn erstens sowieso noch ein seinerzeit unter Stalin abgeschlossener Freundschafts- und Beistandspakt zwischen China und der Sowjetunion (mit Gültigkeit bis 1980) existiert

und zweitens Abmachungen, die zu neuen Verträgen führen sollen, für die Kreml-Clique nur ein Fetzen Papier sind, den man mit Füßen tritt?

Manöver im Osten, Angriff im Westen?

Im Zusammenhang mit dem Treffen zwischen Breschnew und Ford in Wladiwostok, mit dem "Entspannungsgerede" und dem gleichzeitigen Hochspielen der schlechten staatlichen Beziehungen zwischen dem sozialistischen China und dem sozialimperialistischen Rußland darf man die Weltsituation nicht aus den Augen lassen.

China ist für alle Imperialisten ein "fetter Brocken", den man gerne verspeisen will. Auch für die russischen Sozialimperialisten. Aber das sozialistische China ist ebenso für jeden Imperialisten ein allzu harter "Brocken", an dem sie sich die Zähne ausbeißen und ersticken würden. Das chinesische Volk ist gegenüber jeder Aggression gewappnet, das haben die russischen Sozialimperialisten bereits 1969 erfahren, und das ist heute allen Imperialisten bekannt. Warum also dieses von den Reaktionären der ganzen Welt geübte Hinaufblättern der Spannungen an der chinesisch-russischen Grenze?

Abgesehen davon, daß die westlichen Imperialisten - vor allem die amerikanischen - natürlich am liebsten einen Überfall der russischen Sozialimperialisten auf China sehen würden, weil sich da der Konkurrent um die Weltherrschaft selbst liquidieren würde, sie deshalb gerne "aufmuntern" wirken, haben die russischen Machthaber ein großes, ja sogar das größte Interesse an der Aufschaukelung dieser Frage. Denn wer soll für sich in den russischen Sozialimperialisten eine Gefahr sehen, wenn er sie mit China "beschäftigt" glaubt? "Ein Scheinmanöver im Osten vollführen, den Angriff aber im Westen unternehmen", darauf zielt die Politik der russischen Sozialimperialisten ab. Denn Europa ist das Zentrum der Rivalität zwischen den Supermächten. Wer Europa in seinem Macht- und Einflußbereich hat, ist seinem Konkurrenten überlegen. Und die Tatsachen beweisen, daß die Sozialimperialisten ihr Hauptaugenmerk auf die Ausweitung ihrer Macht in Europa richten. Das beweisen ihre riesigen Truppenkonzentrationen im osteuropäischen Raum und ihre Versuche, mittels "großzügiger" Wirtschaftsverträge politischen Druck ausüben zu können.

Außerdem haben sich die russischen Imperialisten auch eine "Ideologie" zurecht-

gelegt und propagieren diese ständig, wonach sie erstens zur "Sicherung des Sozialismus" (mit welcher Phrase sie Rumänien, Jugoslawien und Albanien bedrohen), und zweitens überhaupt zur "Sicherung" des "Friedens", der "Demokratie" usw. jederzeit militärisch eingreifen können. Auf Österreich bezogen spielen sie sich als "Garanten" des Staatsvertrags und des Neutralitätsstatus auf, was eine eminente Gefahr für unser Land bedeutet.

Das hat Kossygin während seines Besuches in Wien offen zu verstehen gegeben, als er verkündete, Österreich brauche keine Raketen zur Selbstverteidigung, da die UdSSR seine Neutralität im Bedarfsfall "schützen" würde. Gleichzeitig hat damals der Sprecher des russischen Außenministeriums in Helsinki die militärische Besetzung der CSSR nicht nur als sogenannte "Hilfeleistung" gerechtfertigt, sondern sie geradezu als Schulbeispiel für ähnliche Aggressionshandlungen der Sozialimperialisten in der Zukunft hingestellt. (Siehe "Für die Volksmacht" Nr. 77, August 1973).

Das haben auch die Agenten der russischen Sozialimperialisten in der Führung der "KPÖ" wiederholt belegt, indem sie, wie z.B. Fürnberg im Fernsehen im Februar 1974, erklärten, daß Österreich in Rußland einen "Schutzherren" hätte, oder, wie die "Volksstimme" anlässlich einer Äußerung Tschou En-lais österreichischen Journalisten gegenüber, frohlockten, daß massive russische Truppenkontingente an den Grenzen Österreichs "bereit" stünden.

Das österreichische Volk braucht keinen "Schutz" vonseiten irgendeiner Supermacht! Einen wirklichen Schutz gewährleistet nur die eigene Kraft, das beweisen die Völker Indochinas. Es ist Aufgabe der österreichischen Marxisten-Leninisten, diese Erkenntnis und diesen Willen in unserem Volk wachzurufen und zu bestärken. Denn die österreichische Bourgeoisie ist keineswegs darauf eingestellt und gewillt, die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes zu verteidigen. Sie denkt nur an die Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft und Mehrung ihrer Ausbeuterprofite. Nicht sie, sondern die revolutionäre Arbeiterklasse ist der Garant unserer nationalen Interessen.

W.I. LENIN
Über den Staat
S 5,-

Bestellungen
an die VRA:
1205 Wien,
Postfach 3

Die Vereinten Nationen sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren – zum Leidwesen der Supermächte

Die gewandelte UNO



"Arafat-Day" nannten die amerikanischen Journalisten den Tag, an dem Jasser Arafat im Namen der palästinensischen Befreiungsfront unter dem begeisterten Beifall der überwiegenden Mehrheit der Delegierten in der UNO-Vollversammlung das Wort ergriff. Den Vorsitz führte Bouteflika, der Außenminister Algeriens, der selbst während am Befreiungskampf seines Landes beteiligt war.

Dieser wirklich denkwürdige Tag ist bezeichnend für die Wandlung, die die UNO seit der Wiederherstellung der Rechte Chinas durchgemacht hat. War sie bis dahin ein willfähriges Instrument, zunächst der USA allein, dann beider Supermächte (USA und Rußland), so sind die Sitzungen der Vollversammlung und der verschiedenen Spezialkonferenzen immer mehr zur Bühne des ant imperialistischen Kampfes der Dritten Welt geworden.

So konnte nun auch Arafat, der vom Vorsitzenden mit „Oberstkommandierender der Befreiungsfront Palästinas“ angesprochen wurde, vor der UNO-Vollversammlung die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Palästinas und seines Volkes fordern. Und die überwältigende Mehrheit des Forums hat den Kampf der Palästinenser darum als deren legitimes Recht anerkannt. Während die US-Imperialisten ihre Unzufriedenheit ganz offen zeigen, machen die russischen Sozialimperialisten „gute Miene zum bösen Spiel“, wollen sie sich doch als „Freund“ der arabischen Völker ausgeben.

Arafat erklärte als Endziel des Befreiungskampfes in der Zukunft die Errichtung eines demokratischen Staates, in dem Mohammedaner, Juden und Christen friedlich nebeneinander leben können. Zu dieser Forderung haben sich die revisionistischen Führer der KPÖ als gute Agenten der russischen Sozialimperialisten bereits zu Wort gemeldet. Im Auftrag der Moskauer Brötchengeber bezeichnet Otto Janecek in der „Volksstimme“ diese Forderung als „Illusion“. Kein Wunder, haben doch die russischen Sozialimperialisten – genauso wie die US-Imperialisten – die Absicht, den Nahen Osten in einem Zustand von „weder Krieg noch Frieden“ zu halten, um ihre Expansionspläne in diesem Raum verfolgen zu können. Und dazu brauchen sie das kriegerische zionistische Israel, weshalb Breschnew ja auch massenhaft Sowjetjuden als Kanonenfutter nach Israel ausreisen läßt.

Es liegt absolut nicht im Interesse des österreichischen Volkes, daß – trotz aller scheinheiligen Erklärungen – unsere Regierung nach wie vor den Transitvermittler bei diesem imperialistischen Menschenhandel spielt. Dagegen müssen wir entschieden auftreten.

für die Volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Die ärztliche Betreuung der Bauern im kapitalistischen Österreich

Bevor ich über die medizinische Betreuung und Körperkultur der chinesischen Bauern berichte, kann ich so gar nicht umhin, kurz die diesbezügliche Situation der Landbevölkerung im Kapitalismus zu streifen.

Eigentlich ist das Wort "Betreuung", was den Gesundheitsdienst auf dem Lande betrifft, eine Sinnverdrehung und das Wort "Körperkultur" ein regelrechtes Fremdwort. Wir wissen, daß es immer weniger junge Ärzte "aufs Land zieht", wegen der beschränkten Möglichkeit, materielle Reichtümer zu erwerben, und diverser anderer Erschwernisse, welche ein solches Landärztedasein "zu bieten" hat. Und diese jungen Ärzte, die sich trotzdem entschließen, eine ländliche Praxis aufzumachen oder eine bestehende fortzuführen, betrachten es als eines ihrer "Hauptanliegen", aus ihrer medizinischen Tätigkeit ein Geschäft zu machen, soweit es eben möglich ist. Ausnahmen bestätigen die Regel, sind aber erwiesenermaßen recht selten. So ist es für die im kapitalistischen Gesundheitsdienst tätigen Ärzte und Heilmittelindustrie keineswegs ein Hauptanliegen: "dem Volke zu dienen". So kommt es dazu, daß nicht nur der allgemeine Gesundheitszustand der bäuerlichen Bevölkerung bei uns in Österreich gelinde formuliert miserabel ist, sondern auch die Perspektiven diesbezüglich nicht gerade aufmunternd sind.

Wir wissen, daß ein großer Teil der Landbevölkerung bei kleinen Krankheitssymptomen, welche oft erst den Beginn größerer und ernsterer Krankheiten darstellen, erst gar nicht einen Arzt aufsucht. Und in Zeiten großen Arbeitsanfalls – Anbau oder Ernte etwa – oder in Zeiten, wo sich die Möglichkeit eines Zuerwerbs ergibt, hat der Bauer erfahrungsgemäß "gar keine Zeit zum Kranksein". So ist das bäuerliche Verhalten gegenüber Krankheiten mit einer Ur-



sache, daß es mit der allgemeinen bäuerlichen Gesundheit nicht zum Besten bestellt ist. Und der Ausweg aus dieser bedrohlichen Situation für den Gesundheitszustand der Landbevölkerung? Es gibt keinen Ausweg. Im Kapitalismus nicht, denn dieses System ist den Bauern feindlich gesinnt. Dieses System will die Bauern von Haus und Hof vertreiben, zumindest die kleinen und mittleren Bauern. Warum? Aus Profitgründen.

Im Kapitalismus wird es keine Verbesserung der medizinischen Betreuung im ländlichen Raum geben. Ganz im Gegenteil! Denn die medizinische Vernachlässigung paßt sehr gut ins Konzept dieser "Bauernmörder".

Die Kapitalisten sagen sich offensichtlich: Wozu noch eine ausreichende ärztliche Betreuung, wozu noch Schulen im Dorf, für eine "zum Tode verurteilte" soziale

Schichte, wie es die Klein-, Mittel- und Bergbauern für sie sind. Und die Kapitalisten handeln auch dementsprechend, wie

es wir Bauern am eigenen Leib zu spüren bekommen; täglich und allerorts im ländlichen Raum.

Ein österreichischer Bergbauer berichtet aus der Volksrepublik China (IV)

Medizinische Betreuung und Körperkultur der chinesischen Bauern

Vergleichen wir unsere trostlose Situation mit dem System des Gesundheitswesens, das im sozialistischen China für die Landbevölkerung geschaffen wurde und ständig weiter ausgebaut wird.

Vor der Befreiung waren in China die Verhältnisse im Bereich der medizinischen Betreuung des Dorfes durch ein fast völliges Fehlen einer solchen gekennzeichnet. Es gab nicht nur fast kein ärztliches Personal für die Landgebiete, es gab auch keine Medikamente für die Bauern, denn diese waren im Preis meist umerschwinglich für die Geldbörse eines Bauern. Wurde die Familie eines Klein- oder Mittelbauern von einer Krankheit heimgesucht, so bedeutete dies erhöhte Verschuldung und gesteigerte Verelendung dieser geschundenen und ausgebeuteten Menschen. Es herrschten Zustände, wie sie in abgewan-

delter Form im kapitalistischen Dorf auch heute bei uns anzutreffen sind.

Mehr Sozialismus = bessere Gesundheit

In Gesprächen, die ich mit Bauern in Volkschina geführt habe, schälte sich für mich immer wieder die Erkenntnis heraus: Aufbau des Sozialismus ist gleichbedeutend mit Fortschritt in allen Bereichen für die Bauern Volkschinas. Für die Bauern des Berggebietes Linshian bedeutet Sozialismus Fortschritt. Denn durch die Verwirklichung des Rote-Fahne-Kanal- und Bewässerungssystems haben die Bauern aus einem ehemaligen Elendgebiet ein landwirtschaftliches Paradies geschaffen. Sie erkannten, daß dies nur möglich war, indem sie die einzelwirtschaftliche Produktionsweise in eine auf kollektiver Basis umgewandelt haben. Für die Frauen und Bäuerinnen in China bedeutet Sozialismus gleichfalls Fortschritt, denn auch hier ging mit der Entwicklung des sozialistischen Aufbaus die Befreiung der Frau und Bäuerin Hand in Hand. Eines gibt das andere, und Sozialismus und Revolution bedeuteten für die Landbevölkerung sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt. Auch im Bereich der medizinischen Betreuung der Bauern hat es sich so verhalten. Es war die Bildung der Volkskommunen, deren Organisationsstruktur und Größe den Bauern eine rasche Entwicklung des Gesundheitswesens auf dem Land ermöglichten. Gestützt auf ihre eigene Kraft errichteten sie medizinische Stationen, Krankenhäuser und Kliniken ein, sicherten sie eine ärztliche Betreuung bis in die entlegensten Landgebiete. Entscheidend für diesen grundlegenden Wandel war dabei die Verwirklichung der Weisung des Vorsitzenden Mao: "Im Gesundheitsdienst ist das Hauptaugenmerk den ländlichen Gebieten zuzuwenden." Das bedeutete in der Praxis, daß die überwältigende Mehrheit der ausgebildeten Ärzte aufs Land gingen und der größte Teil der für den Gesundheitsdienst veranschlagten Staatsmittel in den Dörfern verwendet wurde. Dabei hilft den chinesischen Bauern

Vorbeugung an erster Stelle! Auf dem Lande der Provinz Kuangtung impft eine Barfußärztin der Li-Nationalität Grundschüler.



auch ein System, welches in dieser Form sonst nirgends auf der Welt zu finden ist: die sogenannten "Barfußärzte".

Die Barfußärzte

Was sind das für Ärzte? Wie werden sie ausgebildet? Welche Rolle spielen sie im Gesundheitswesen des Dorfes? Es sind Bauern, die als eine Art Sanitäter oder Heilgehilfen ausgebildet sind, um bei leichten Fällen von Erkrankungen und Unfällen erste medizinische Hilfe zu leisten und zu beurteilen, ob die Beiziehung von Fachärzten oder Spitalspflege nötig ist. Gleichzeitig üben sie ihre Berufstätigkeit als Kommunemitglieder weiter aus. Und weil die ersten dieser bäuerlichen Ärzte in einer Volkskommune bei Schanghai barfuß auf den Reisfeldern arbeiteten, gaben ihnen die Bauern den Namen "Barfußärzte".

Diese "Barfußärzte" arbeiten überall in der landwirtschaftlichen Produktion mit. Dabei haben sie stets den Verbandskasten griffbereit und behandeln ihre Patienten, wenn nötig, auf den Feldern, auf den Dreschentennen oder in Bauernhäusern. Die Ausbildung erfolgt, indem man geeignete Bauern in das Spital der Volkskommune schickt, wo sie eine drei- bis sechsmonatige Grundausbildung erhalten. Es sind Ausbildungskurse mit wenigem, aber gutem Lehrmaterial, nach dem Prinzip der Verbindung von Theorie und Praxis, mit dem Ziel, die Fähigkeiten für die praktische Arbeit so schnell wie möglich herauszubilden. Auch kommen mobile Arztgruppen ins Dorf und bilden in Kursen Bauern zu "Barfußärzten" aus.

Das Studium durch Praxis ist grundlegend für diese Ausbildung. Diese schnelle und effektive Methode macht den Nachteil der langwierigen medizinischen Ausbildung an Akademien und Universitäten insofern wett, als diese nicht imstande sind, in kurzer Zeit eine große Anzahl von Ärzten auszubilden. Aber die "Barfußärzte" lernen nicht nur von erfahrenen praktischen Ärzten der "westlichen" Schulmedizin sowie der traditionellen chinesischen Medizin, sondern auch von erfahrenen Heilkräutersammlern ihrer engeren Heimat. Man erkannte, daß man eine jahrtausendealte Erfahrung im Heilkräutersammeln verwerten mußte für die Heilung und Verhütung von Krankheiten.

Heute gibt es in allen ländlichen Volkskommunen solche "Barfußärzte", welche eine bedeutende Rolle bei der Überwindung des Mangels an Ärzten und Medikamenten im



Behandlung eines kranken Kindes in einer Regennacht
Holzschnitt von Tscheng Mian

ländlichen Raum spielen. Diese "Barfußärzte" sind eine neue Kraft, die eine große Zukunft hat. In Gesprächen mit chinesischen Bauern wurde mir klar, warum die Bauern Volkschinas an der revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung festhalten und konsequent die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vorantreiben: Weil diese ihnen auf allen Gebieten nur Vorteile gebracht hat, auch auf dem der medizinischen Betreuung in den ländlichen Gebieten.

Körperkultur und Sport im chinesischen Dorf

"Körperkultur? Was ist das?", werden sich die bäuerlichen Leser in Österreich fragen. "Wozu soll das gut sein?" Im Kapitalismus ist Körperkultur etwas, was wenigen vorbehalten ist. Den feinen Leuten, wie man so schön sagt, welche Zeit und Muße haben, "etwas für ihren Körper und ihre Gesundheit zu tun". Und Sport? Sport ist im Kapitalismus hauptsächlich eine Sache für Zuschauer. Denn mit dem Sport soll ja ein Geschäft gemacht werden. Somit werden getreu der Devise: "Mehr Zuschauer bedeuten größeren Profit" sportliche Spektakel inszeniert, die nur einem Zweck dienen, nämlich den Veranstaltern Geld in die Taschen zu schaufeln.

In Volkschina ist das aber ganz anders. Das charakteristische Merkmal der Körperkultur und des Sportes ist dort die Teil-



„Sport“ im Kapitalismus. Der Spitzensportler riskiert seine Knochen...

nahme der Massen. Überall in China treiben Millionen und Abermillionen Werktätige Sport aller Art. Man schwimmt, man spielt Ball, man wandert, macht Freiübungen, übt das Schattenboxen, man rennt, marschiert, kumpiert. Mit einem Wort: die Volksmassen treiben Sport.

Genosse Mao Tsetung sagt: "Von allem in der Welt ist der Mensch das Wertvollste." Die chinesischen Arbeiter und Bauern haben erkannt, daß es notwendig ist, gesund zu sein, um ihre Initiative und Schöpferkraft in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus voll zur Geltung zu bringen. Und die Pflege des Massensportes ist neben der Verbesserung der hygienischen Arbeit und der allmählichen Hebung der Lebensbedingungen eine positive und wirksame Methode für die Erhaltung der Volksgesundheit. Erst Chinas



... zum höheren Ruhm und Verdienst seines Schifabrikanten. Jeder Olympia- oder Weltcupsteg ist narrisch gut für'n Profit.

sozialistisches System machte es den Bauern möglich, aktiv Sport zu betreiben. Im vorrevolutionären China konnte davon keine Rede sein, da die Sorge um das tägliche Brot alle Kräfte in Anspruch nahm. Erst die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauernmassen im Sozialismus hat dem Massensport gute Möglichkeiten eröffnet.

In allen Dörfern, die ich besuchte, sah ich Sportstätten, Plätze für die Austragung des sehr verbreiteten Basketballspieles, Räume für Tischtennis usw. Die Produktionsgruppen bzw. Produktionsbrigaden der Volkskommunen haben ihre Tischtennis-, Korbball- und Leichtathletikmannschaften und führen regelmäßig Wettkämpfe durch. Beim Wettkampf herrscht aber das im kapitalistischen Sport fremde Prinzip: "Freundschaft an erster Stelle, Wettkampf an zweiter." Rekordsucht ist dem chinesischen Sportler fremd. Der sportliche Wettkampf dient der Förderung der Einheit und des Lernens voneinander, dient der Pflege des kommunistischen Geistes und der sportlichen Moral.

Die Entwicklung des Sports im Dorf hat den Gesundheitszustand der Bauern bedeutend verbessert. Vorüber sind heute die Zeiten, da die Bauern durch Armut und schlechten Gesundheitszustand außerstande waren, Sport zu betreiben. Und durch sportliche Betätigung haben die Bauern Volkschinas nicht nur ihre Leistungsfähigkeit erhöht, sondern auch die Pflege des kollektiven Geistes erlernt. Somit dient der Massensport in Volkschina dem revolutionären Aufbau des Sozialismus.

Wenn ich in den Volkskommunen die Bauern, Väter gemeinsam mit ihren Söhnen, in ihrer Freizeit Sport ausüben sah, da begriff ich erst, was es heißt, wenn Sport Massensport ist und der Erhaltung der körperlichen Gesundheit der Volksmassen dient. Es wurde mir bewußt, wie hemmend und schädlich eigentlich der Kapitalismus bei uns in Österreich für die Arbeiter und Bauern ist. In allen Bereichen, wo ich meine neugierige Nase hineinsteckte - Produktionsformen, Kultur, medizinische Betreuung, Sport, Körperkultur, Los der Frauen, Schule, Erziehung usw. - in allen diesen Bereichen fällt der Vergleich zu Ungunsten des Kapitalismus aus. Sozialismus ist in China gleichbedeutend mit der Entwicklung der Körperkultur und des Massensportes im Dienste des Volkes.

Bis zum nächsten Beitrag verbleibe ich mit bäuerlichen und revolutionären Grüßen! ●



Der Bauer - Lasttier des Fremdenverkehrs

5 vor 12 auf den Bauernuhren

Trostlosigkeit und Resignation sind enge Vertraute der Bauern. Aus unserer Ratlosigkeit und Bewußtlosigkeit können wir Bauern uns aber nur befreien, wenn unsere „gewählten“ Bauernvertreter in den Kammern, den Bünden und der Regierung als das erkannt werden, was sie eigentlich sind: Bauernverräter. Aber was noch nicht ist, wird schon noch werden; es ist nur eine Frage der Zeit und der revolutionären Entwicklung.

Sehr aufschlußreich war in dieser Hinsicht eine Diskussion zwischen Jungbauern im Bregenzerwald. Schlagworte wie „Spielball zwischen den Bünden und Monopolen“ waren immer wieder zu hören. Ihr Obmann sagte es ganz deutlich: „Wir leben in einer Gegend, die zum Erholungsgebiet aufgewertet wurde“. Aber glaubt ihr, es geht uns dadurch besser? Irrtum! In sogenannten „aufgewerteten“ Gebieten sind nämlich rein bäuerliche Anliegen fehl am Platz, ja geradezu ein Verbrechen. Sicher, die Einkünfte aus der Fremdenverkehrswirtschaft sind nicht schlecht, vor allem, wenn wir unsere Arbeitsleistungen, die der Bäuerin, der Alten und Kinder nicht berechnen. Jedoch als Bauer ist es unmöglich, die engen Begrenzungen, die dem Landwirtschaftsbetrieb von der Regionalplanung her auferlegt sind, zu überschreiten. Alle unsere Betriebe sind auf den Fremdenverkehr zugeschnitten und deshalb sind wir diesem auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Bauer will oder darf keiner mehr sein.

Ein Bauer erzählte, daß seine Mutter und seine Schwester durchschnittlich 10 bis 12 Gäste betreuen, während er und sein kränklicher Vater mit der

Landwirtschaft alle Hände voll zu tun haben. Früher, ja da hätten sie auch im Vorsäß bewirtschaftet. Das sei jedoch schon lange nicht mehr möglich. Und Pächter fände man seit drei Jahren auch keinen mehr. Vorsätze (Voralpen) verwildern, andere sind in Gästehäusern umfunktioniert. Mit anderen Worten: in Disteln und sonstiges Unkraut eingebettet liegen Konservendosen aus Sizilien und Plastiktüten aus Hannover. Dies alles in 1880 Meter Seehöhe.

Es ist schon merkwürdig: Chinesische Bauern tragen, wenn nötig, Berge ab, um dort besser wirtschaften zu können, machen Wüstengebiete zu Weideland und Kornkammern zu Goldgruben. Im Kapitalismus dagegen wird von Fall zu Fall durch die Massenmedien von einer drohenden Ernährungskrise gesprochen, und zwar immer dann, wenn man für das eine oder andere Produkt Preiserhöhungen für die Konsumenten vorbereitet. Das hindert die kapitalistischen Profitgeier aber keinesfalls daran, den Bauern für ihre Erzeugnisse immer weniger zu bezahlen.

Wir Bauern müssen am ehemals guten Modell genossenschaftlicher Almwirtschaft lernen! Übertragen wir dieses Modell ins Tal! Was in 2000 Meter Höhe möglich war und ist, sollte auch im Tal den Bauern zum gemeinsamen Vorteil gereichen. Wir Bauern müssen begreifen, daß wir gemeinsam stark sind und nur gemeinsam den internationalen Lebensmittelmonopolen, unseren Totengräbern, erfolgreich Widerstand entgegensetzen können. Schließen wir uns zusammen, wir haben nur einen Feind zu bekämpfen: unseren Ausbeuter. N. R., Voralberg ●

Die gute alte Zeit

der Supermächte ist vorbei. Von ihrer Vorherrschaft in der UNO können sie heute nur noch träumen.



„Eine nie dagewesene Lage!“ So kann man kurz den Ablauf der 29. UNO-Vollversammlung charakterisieren. Das Resultat der bisherigen Erörterungen in der UNO ist eine machtvolle Zurückweisung der Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte durch die Länder der Dritten Welt. Es zeigte sich mit aller Deutlichkeit, wie sehr sich die Lage in der Welt in den letzten Jahren gewandelt hat.

Jahrzehntelang hatten die Imperialisten – zuerst die eine Supermacht USA, dann beide Supermächte USA und Rußland – die UNO manipuliert und als Instrument für ihre Weltherrschaftspläne benutzt. Als China 1971 den ihm seit Jahrzehnten vor-enthaltenen Platz in den Vereinten Nationen eingenommen hat, da war das ein Ausdruck einer ganz entscheidenden Veränderung der weltpolitischen Situation. Die Länder der Dritten Welt hatten sich zusammengeschlossen, um der Vorherrschafts- und Großmachtpolitik der beiden Supermächte Widerstand zu leisten, um für ihr Recht auf die selbständige Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten und für Gleichheit in den internationalen Beziehungen zu kämpfen. Die Länder wollen Unabhängigkeit, die Nationen Befreiung und die Völker die Revolution – das war zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden.

Auf der diesjährigen UN-Vollversammlung kommt diese Strömung klarer als je zuvor zum Ausdruck. Die Delegierten der Länder

der Dritten Welt zeigten auf, daß alle schönen Worte von der "Entspannung" bloß leeres Gerede sind, da in Wirklichkeit die um die Vorherrschaft ringenden Supermächte in der ganzen Welt Unruhe stiften. Der Behauptung des russischen Außenministers Gromyko, daß die Haupttendenz in der Welt "Entspannung" sei, wurde entgegengehalten:

"Während die Großmächte Erklärungen über Entspannung abgeben, führen sie in vielen Gebieten der Welt heftige Kämpfe um die Vorherrschaft". Das erklärte der Außenminister von Tansania. "Wahrer internationaler Friede und wahre internationale Sicherheit können nicht gleichzeitig mit dem Begriff von Einflußsphären und Hegemonie existieren" (Sambia). Und: "Wir leben jetzt in einer Welt ohne Sicherheit und Gerechtigkeit", sagte der Vertreter von Rwanda. Der Außenminister von Mali stellte fest, daß angesichts des Wettrüstens der beiden Supermächte die einzige Garantie für die Sicherheit eines Landes die Verstärkung seiner Verteidigungskraft sei.

Gegenüber den Drohungen der USA gegen die erdölexportierenden Länder wurde von den Delegierten der Dritten Welt betont, daß die Großmächte jahrzehntelang durch das Senken der Rohstoffpreise die Völker ausgeplündert haben. Es waren die Supermächte, die ihre Wirtschaftsmacht als Waffe ihrer Unterdrückungspolitik verwendet haben. Wenn jetzt die Entwicklungsländer ebenfalls ihre Reichtümer als politische Waffe benutzen, so ist das gerecht. Denn sie kämpfen gegen Aggression und Einmischung, während es die Supermächte sind, die sich in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen.

Die 29. UNO-Vollversammlung bietet somit ein Bild der Isolierung der USA und Rußlands und des gemeinsamen Kampfes der Länder der Dritten Welt gegen die Supermächte, gegen Imperialismus und Kolonialismus. Das zeigte sich in der überwältigenden Verurteilung des rassistischen Regimes in Südafrika und der israelischen Zionisten, in der Einladung an die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), vor der UNO-Vollversammlung zu sprechen, in der Forderung nach dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Korea. Und das kam auch darin zum Ausdruck, daß viele Länder dafür eintraten, daß die Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas den ihr zustehenden Platz in der UNO einnehmen soll. Es zeigte sich ganz klar, daß der Kampf gegen Hegemoniebestrebungen und Imperialismus unaufhaltsam vorwärtsdrängt.

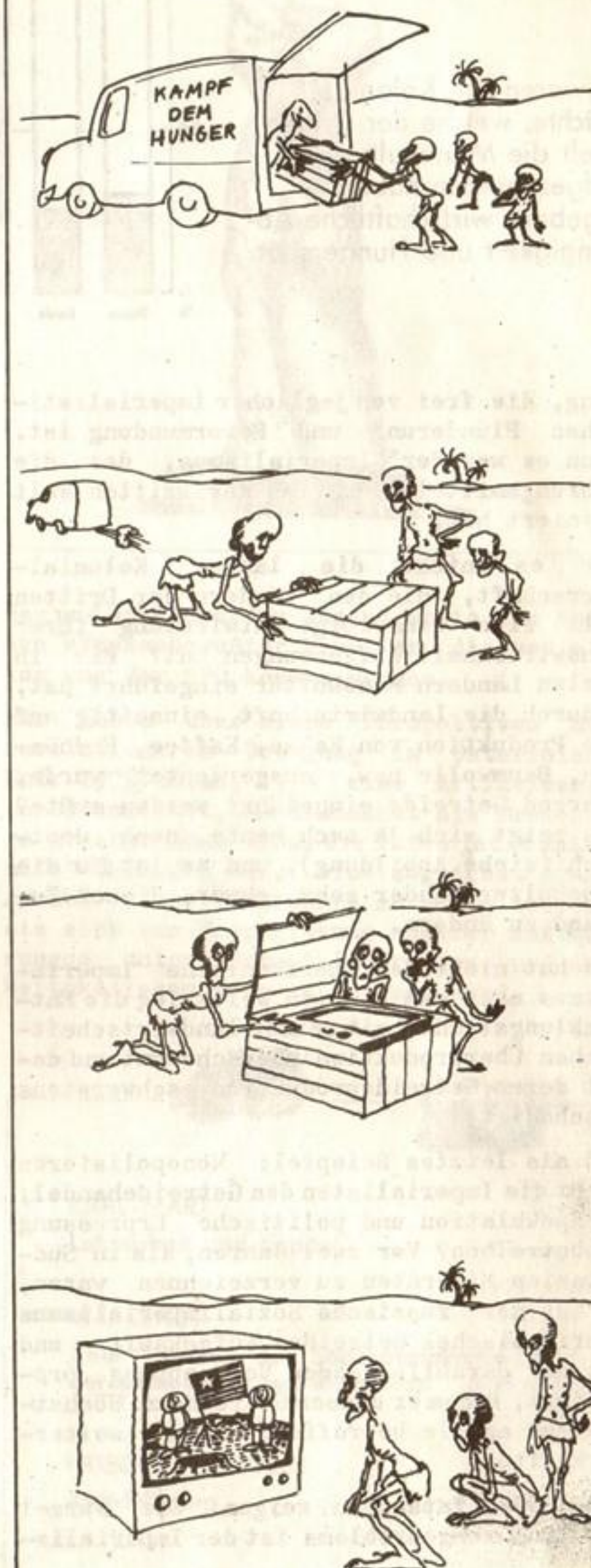
Wer ist schuld am Hunger?

Wenn in den bürgerlichen Massenmedien überhaupt vom Ernährungsproblem geschrieben oder gesprochen wird, so beschränken sich diese Berichte und Stellungnahmen meistens auf sensationelle Meldungen wie "Millionen hungern!", und die Schuld an diesem Zustand wird der angeblichen "Überbevölkerung", "Naturkatastrophen", dem "Aberglauben" (z.B. das bekannte "Argument" von der "heiligen Kuh der Inder") usw. in die Schuhe geschoben. Die wirkliche Ursache für Hunger, Armut und Rückständigkeit, nämlich die imperialistische Ausplünderung, wird verschwiegen. Wie könnten auch die den Interessen des Kapitals dienenden Massenmedien anders verfahren?

Wenn man die imperialistische "Argumentation" überprüft, so entlarvt sich diese als durch und durch verlogen. So ist es mit dem Gerede von der Überbevölkerung als der Ursache des Hungers in der Welt nicht weit her. Denn die meisten Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind viel weniger dicht bevölkert als zum Beispiel Westeuropa. Und die "Naturkatastrophen"? Es stimmt, daß weite Gebiete der Länder der Dritten Welt von jahrelangen Dürren, von Überschwemmungen usw. heimgesucht werden, die Hungersnöte und Epidemien hervorrufen. Aber betrachten wir Volkschina, ein sozialistisches Land der Dritten Welt, so wird auch dort die landwirtschaftliche Produktion von den "Launen der Natur" beeinträchtigt. Nichtsdestoweniger gibt es in China keine Hungersnöte. Durch die Kollektivierung der Landwirtschaft, durch große Wasserbauten insbesondere seit Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution, durch die breite Mobilisierung der Massen hat China trotz schwerer Dürre in den drei Jahren 1971-1973 seine landwirtschaftliche Produktion steigern können. China ist heute in der Lage, den Unbilden der Natur die Stirn zu bieten, die Verluste im Falle größerer Naturkatastrophen klein zu halten und bei günstigen Wetterbedingungen die Ernteerträge gewaltig zu steigern. Und warum? Weil das chinesische Volk die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu geschaffen hat. Weiles von den Imperialisten unabhängig ist, auf den eigenen Füßen steht und eine eigene nationale Wirtschaft aufgebaut hat.

Das Ernährungsproblem ist eben eine wesentliche Frage des Kampfes um wirtschaftliche und politische Selbständigkeit, des Kampfes um eine neue internationale Wirtschaftsord-

Entwicklungshilfe



15